

Stürzenberger verstößt gegen
Versammlungsgesetz



Der meistgehasste Mann Münchens

Stürzenberger verstößt gegen
Versammlungsgesetz



Nachdem am Wahlsonntag noch letzte Gespräche mit kroatischen Christen nach den Sonntagsgottesdiensten stattfanden, musste ich anschließend zum Auszählen der Briefwahlunterlagen in der Messe Riem. Die Stadt München hatte mich dazu eingeteilt, und dies lief zwei Tage lang bis Montag Abend. Danach fand nach einem

wochenlangen harten Wahlkampf mit dutzenden von Kundgebungen und Infoständen, Plakatbau, Aufstellung und Flugblattverteilung ein gemeinsames Abendessen mit den fleißigen Helfern statt, die immens viel Zeit und Energie eingesetzt hatten, um den Einzug ins Rathaus zu schaffen. Am Dienstag morgen musste ich dann zum Amtsgericht, da mich die Stadt München und die Staatsanwaltschaft wegen angeblichen Verstößen gegen die Auflagen des KVR bei zwei Kundgebungen im Sommer zu hohen Geldbußen in Höhe von insgesamt über 3500 Euro verurteilte.

(Von Michael Stürzenberger)

Die rotgrünregierte Landeshauptstadt hat mich zum Abschluss freigegeben. Im Zuge der Anti-FREIHEIT-Kampagne des scheidenden Oberbürgermeisters Ude haben mir diverse Gaststätten wie der Löwenbräukeller und der Augustiner Hausverbot gegeben. Meine letzte Bank zögerte nach der

Kündigung meines Kontos die Überweisung des dortigen Guthabens auf meine neue Bankverbindung sechs Wochen lang hinaus. Vor dreihundert Jahren hätte man mich geteert, gefedert und anschließend aus der Stadt gejagt. Heute läuft es subtiler mit allmählicher Zermürbung und finanzieller Ausblutung. In Bezug auf den Islam darf in Buntland eben nicht mehr die Wahrheit gesagt werden, zu groß ist die Abhängigkeit von islamiech-arabischem Öl, Gas und Geld. Im Gerichtsaal saßen Redakteure der Süddeutschen, der Abendzeitung und des Merkur, um live zu erleben, wie ich zu einer hohen Geldstrafe verurteilt werde. Online berichtet die Süddeutsche:

Auf den Straßen der Stadt ist der eigener Einschätzung nach „meistgehasste Mann Münchens“ schon bei Dutzenden Kundgebungen zu sehen und vor allem zu hören gewesen, wenn er gegen das geplante „Münchner Forum für Islam“ wetterte. Und auch im Münchner Amtsgericht war der 49-Jährige schon mehrfach zu erleben. Zuletzt am Dienstag wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz.

Die Staatsanwaltschaft hatte Stürzenberger einen Strafbefehl zugeschickt, weil er sich bei zwei Kundgebungen im Juli 2013 nicht an Auflagen des Kreisverwaltungsreferats (KVR) gehalten hatte. Gegen den Strafbefehl legte er Einspruch ein. Das KVR hatte seine Versammlungen am Stachus zwar genehmigt, ihm aber hinsichtlich Lautstärke und Rededauer Grenzen gesetzt: Nach zehn Minuten Redezeit hätten mindestens zehn Minuten Pause folgen sollen, woran sich Stürzenberger acht Mal in Folge nicht hielt.

[Hier der komplette Artikel](#), in dem nicht erwähnt ist, um welche strittige „Verstöße“ es sich dabei handelt. Einer dieser acht erwähnten ist beispielsweise eine Verabschiedung am Ende der Kundgebung. Dass die Pause davor kürzer als zehn Minuten sein kann, liegt in der Natur der Sache. Das Kesseltreiben aber geht weiter. Diverse Gerichtstermine stehen in den nächsten Wochen an. Es bewahrheitet sich der bekannte Spruch:

„Wer die Wahrheit sagt, braucht ein schnelles Pferd“

Allen Freunden, die sich wochenlang mit viel Einsatz reingehängt haben, um DIE FREIHEIT ins Rathaus zu bringen, an dieser Stelle einen herzlichen Dank. Der Kampf geht weiter.



Völkermord-Leugner bedrängen Stadttheater



In Konstanz möchte das dortige Stadttheater um Intendant Prof. Dr. Christoph Nix (Foto l.) am Freitag ein Theaterstück aufführen, das an den Genozid an den Armeniern vor knapp 100 Jahren erinnert. Das soll nach Ansicht des türkischen Generalkonsuls in Karlsruhe, Serhat Aksent (r.), nicht stattfinden und er fordert ultimativ dessen Absetzung.

Der [„Südkurier“](#) berichtet:

In einer Pressemitteilung erklärt das Stadttheater, türkische

Demonstranten übten Druck aus um die Aufführung zu verhindern. „Das Theater Konstanz wird am 21.03.2014 ein Stück über den Mord an den Armeniern im Jahre 1915 in der Türkei zur Aufführung bringen. Seit nun einigen Tagen soll das Theater unter Druck gesetzt werden, diese Inszenierung abzusetzen“, heißt es in der Mitteilung.

Das türkische Generalkonsulat in Karlsruhe habe das Theater darauf hingewiesen, dass allein der Begriff des Völkermordes eine offensichtlich begangene Straftat sei, und bittet das Theater über die gegensätzlichen Positionen vor jeder Vorstellung zu informieren. Mittlerweile sei auch eine Demonstration angemeldet worden, um vor dem Theater gegen die Aufführung zu protestieren. In E-Mails an das Theater werde unterstellt, dieses sei durch armenische Propaganda beeinflusst worden und es werde nun höflich darum gebeten, die Inszenierung nicht zur Aufführung zu bringen.

Verstanden – den Genozid an den Armeniern hat es nie gegeben und ist nur “armenische Propaganda”! Vielleicht steht es ja in zehn Jahren auch so in unseren Geschichtsbüchern, wenn wir dann türkischstämmig besetzte Kultusministerien haben werden. Schon das an den Genozid erinnernde [Lepsius-Haus in Potsdam](#) steht seit seiner Errichtung unter Dauerbeschuss der türkischen Diplomaten und der selbsternannten türkischen Interessenvertreter hierzulande.

Nein, es ist nicht das erste Mal und es wird auch nicht das letzte Mal sein, dass Geschichtsrevisionismus in Form massiver turknationaler Einflussnahme auf Kunst und Kultur zur Absage von Theater-Aufführungen führen. 1994 sollte Voltaires “Mahomed-Drama” (das Goethe ins Deutsche übersetzte) nach langer Abstinenz anlässlich des 300. Geburtstages des Autors in Genf aufgeführt werden. [Daraus wurde nichts.](#) Mohammedanische “Interessengruppen” und unterwürfige linke Intellektuelle machten der Vorstellung damals den Garaus.

Was so gut funktioniert, kann man gerne auch wiederholen. Mit dem Ergebnis, dass aus Angst dann nur vereinzelte Zeitungen die dänischen Mohammed-Karikaturen abdruckten und selbst die Bundesregierung sich dafür einsetzte, dass PRO Deutschland einen harmlosen Mohammed-Film dubioser Herkunft nicht öffentlich zeigen sollte.

Aber ganz so einfach funktioniert die Einschüchterung diesmal wohl nicht. Noch wehren sich die Theaterleitung gegen die Forderungen der Völkermord-Leugner. So wurde vom SWR angekündigt, dass die Aufführung [unter Polizeischutz](#) stattfinden soll. Der "Südkurier" schreibt:

Das Stadttheater hat eine klare Haltung zu der Debatte: „Für den Intendanten des Theaters stellt dies einen massiven Eingriff in die künstlerische Freiheit eines Theaters dar.“

Wer das Theater und seine Standfestigkeit unterstützen mag schreibe an:

» theater@konstanz.de



Paris: Sacré Coeur beschmiert und beschmutzt



Nicht nur in Deutschland werden Kirchen zunehmend ausgeraubt, beschädigt und durch Vandalen entehrt. Auch unser Nachbar Frankreich hat ein Problem mit gott-, hirn- und gewissenlosen linken Volks- und Kulturzerrettern.

Die [Katholischen Nachrichten](#) berichten:

Die Pariser Basilika Sacre-Coeur ist von Vandalen beschmiert worden. Wie die Tageszeitung „La Croix“ (Onlineausgabe) berichtet, wurden am Mittwochmorgen im Eingangsbereich der Kirche große rote und schwarze Aufschriften wie „Nieder mit Gott“, „Feuer den Kapellen“ oder „Fuck tourism“ vorgefunden. Unbekannte besprühten demnach Bronzetüren, Mauern, Bodenplatten und Säulen des Gotteshauses, das zu den Wahrzeichen der französischen Hauptstadt gehört. Der Pariser sozialistische Bürgermeister Bertrand Delanoë sowie Politiker anderer Parteien verurteilten die Tat.

Der Slogan „Lang lebe die Kommune“ greift auf den linksgerichteten Aufstand der „Pariser Kommune“ gegen die Regierung 1871 zurück, dessen 143. Jahrestag am Dienstag begangen wurde. Er nahm am Montmartre-Hügel, auf dessen Höhe die Basilika errichtet wurde, seinen Anfang. Sacre-Coeur ist nach der Kathedrale Notre-Dame die zweitprominenteste Kirche von Paris. 1914, vor 100 Jahren, wurde sie nach knapp vier Jahrzehnten Bauzeit fertiggestellt, am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Der Zuckerbäckerbau des Architekten Paul Abadie (1812-1884) wird jährlich von Millionen Touristen besucht.

Warum beschmieren die Linken eigentlich keine Moscheen? (VB)

Warum nicht mal SPD wählen?

☒ (Die ganze Story über die Hamburger Konvertitin Kesbana Klein [hier](#))



Saudi-Arabien deportiert überflüssige Sklaven



Während sich die gutmütige EU alleine über [Lampedusa](#) und [Melilla](#) in den letzten

24 Stunden von 3.500 illegalen afrikanischen Einwanderern infiltrieren ließ, wirft das islamische Vorzeigeland Saudi-Arabien illegale Einwanderer einfach raus. Und zwar in großem Stil. Bis dahin werden die Ausländer wie Sklaven gehalten.

Die [Süddeutsche](#) spricht von insgesamt 370.000 deportierten Menschen innerhalb der letzten fünf Monate. Es soll sich dabei hauptsächlich um Billiglöhner aus dem Jemen, Bangladesch, Indien, Pakistan, Ägypten und Äthiopien handeln. Sie waren ohne gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis aufgegriffen worden. Weitere 1,5 Millionen Ausländer haben von sich aus das Land verlassen, weil die Bedingungen in den Sammellagern ziemlich unerträglich sein sollen, wie der [Tagesanzeiger](#) aus der Schweiz schreibt. Dort warten diejenigen Ausländer auf ihre Ausschaffung, die keine Mittel zur eigenen Ausreise haben:

Menschenrechtsgruppen warfen der Regierung vor, die Zustände in diesen Lagern seien schrecklich. Mindestens ein Inhaftierter aus dem Jemen sei bei einer Massenpanik in einem solchen Lager im Februar ums Leben gekommen. (...) Arbeiter seien vor ihrer Ausschaffung mehrere Tage lang in überbelegte Zellen gepfercht und dann mit Ketten an den Füßen in ein Flugzeug gebracht worden.

Nach Angaben der Süddeutschen zeigen sich bereits Auswirkungen auf dem saudi-arabischen Arbeitsmarkt:

Die Aktion gegen illegale Arbeitskräfte hatte im vergangenen November begonnen. Sie hat in dem islamischen Königreich bereits zu einem Anstieg der Löhne geführt. Beobachter bezweifeln allerdings, dass die Aktion ihr eigentliches Ziel – die Schaffung von Arbeitsplätzen für Einheimische – erreichen wird. Denn die meisten Saudis sind sich für harte Arbeit zu schade. Als Hauspersonal arbeiten grundsätzlich nur Ausländer. Wer als Ausländer in Saudi-Arabien seinen Job verliert, muss in der Regel ausreisen. Denn der Arbeitgeber

ist gleichzeitig auch der „Sponsor“ seiner Arbeitserlaubnis.

Die Arbeitslosenquote liegt nach Angaben des Tagesanzeigers wegen der Faulheit der Einheimischen recht hoch:

Die Abschiebungen begannen im November als Teil einer landesweiten Kampagne, die der «Saudisierung» der Wirtschaft des Landes und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter Saudiarabern dienen soll. Diese beträgt rund 13 Prozent. In Saudiarabien leben neun Millionen Ausländer bei einer Gesamtbevölkerung von 28 Millionen Menschen.

Ob 19 Millionen Araber mit nur 9 Millionen [ausländischen Sklaven](#) auskommen werden?

Es gibt natürlich Sklaven, auf die man nicht verzichten mag. Hier eine Reportage aus den Vereinigten Arabischen Emiraten über dreijährige Kamel-Jockeys. Aber Vorsicht, nichts für sensible Gemüter!



Österreich: „Binnen-I“ und Gender-Juristinnen



Es scheint so, als würde sich im österreichischen Normungsinstitut „Austrian Standards“ der Rest des gesunden Menschenverstandes verstecken, den viele vergeblich suchen, wenn es um die Vergenderisierung unserer Sprache geht. Denn dort sagt man nun dem unnützen und unaussprechlichen „[Binnen-I](#)“ den Kampf an.

(Von L.S.Gabriel)

Der Entwurf für die „Richtlinien zur Textgestaltung Önorm A 1080“ sieht vor, der völlig ausreichenden „eingeschlechtlichen Formulierung“ den Vorzug zu geben. Man möchte damit wieder zur Verständlichkeit von Texten beitragen. Aber wo in unserer aus dem Ruder laufenden Sprachwelt sich ein vernünftiger Ansatz abzeichnet, ist auch gleich die Genderwehr zur Stelle und läuft Sturm gegen diese „Diskriminierung“.

Es gibt Berufsverbände, die sich um die Darstellung ihrer Mitglieder in der Öffentlichkeit sorgen und auch darum, dass ihre jeweilige Gruppe mit ähnlichen Berufsverbänden gleichgestellt ist. So weit – so vernünftig. Der „Verein österreichischer Juristinnen“ (VÖJ) macht sich auch so seine Gedanken und zwar um die sprachliche Gleichstellung von Männern und Frauen in diversen Texten. Aufgrund des Vorstoßes zur Vernunft von „Austrian Standards“ fühlen sich die „Genderjuristinnen“ bemüßigt, ihre Sicht der Dinge darzulegen und die treibt hanebüchene Blüten und entlarvt gleichzeitig, die Unmöglichkeit sinnvolle Lösungen für Probleme zu finden, die es eigentlich gar nicht geben sollte.

„Austrian Standards“ stellt fest, das Binnen-I sei stilistisch nicht zu empfehlen. „Es ist durch keine Rechtschreibregelung gerechtfertigt und daher zu vermeiden“.

In ihrer „[Stellungnahme zum ÖNORM-Entwurf A](#)“ lässt uns die Vorsitzende des Frauen-Juristenclubs Dr.ⁱⁿ Anja Oberkofler an ihren wirren Gedanken teilhaben.

Da lesen wir dann:

Wir erlauben uns anzuregen, hier aus demokratiepolitischen Gründen eine grundsätzliche Überarbeitung der Partizipationsmöglichkeiten bei der Entwicklung von Normen anzudenken.

Bevor auf die einzelnen Punkte des og. Entwurfs eingegangen wird, ist grundsätzlich anzumerken, dass der im Entwurf an mehreren Stellen erfolgte Vorschlag, die männliche Formulierung für die Bezeichnung aller Geschlechter als „allgemeingültige Form“ zu verwenden, aus Sicht des VöJ klar abzulehnen ist. Die dadurch erfolgte – nicht neue, aber definitiv mit der modernen Realität nicht mehr konforme – Konstruktion von „männlich“ als Norm (und damit Gleichsetzung von Mann = Mensch) macht die Notwendigkeit einer tatsächlich geschlechtergerechten Sprache einmal mehr deutlich.

Darf daraus nun geschlossen werden, dass es den Sprachpolizistinnen irgendwie ein Dorn im Auge ist, dass auch Männer Menschen sind oder sind diese Juristinnen einfach nicht in der Lage sich innerhalb ihres Unsinns zumindest klar zu artikulieren und meinten eigentlich „Mensch“ sei auf diese Weise immer gleichbedeutend mit „Mann“?

Sprache soll Realität abbilden und daher verständlich sein. Eine Sprache, die lediglich männliche Formulierungen verwendet, wenn es tatsächlich um Männer und Frauen geht, bildet weder die Realität ab, noch ist sie verständlich.

„Sprache soll die Realität abbilden“ und in der waren normal sprachgebildete Menschen auch bisher durchaus in der Lage zu verstehen, wann beide Geschlechter gemeint waren.

Selbstverständlich darf auch hier die derzeit so beliebte und scheinbar einzig relevante Frage der geschlechtlichen Vielfalt nicht unberücksichtigt bleiben. Deshalb ist es laut Ausführung der Juristinnen auch sehr wichtig „gerade auch auf jene Varianten zu verweisen“, die die Vielfalt der Geschlechtsvarianten sichtbar machten und auch „beispielsweise transidente Menschen“ miteinbezogen.

Frau Dr.ⁱⁿ schwadroniert von einer „kognitiven Überrepräsentanz von Männern bei gleichzeitiger gedanklicher Nichteinbeziehung von Frauen“. Und schreibt von „nicht- und mitgemeinten“ (welche eine Wortschöpfung) Frauen. Jedenfalls handele es sich bei „männlichen Formulierungen keinesfalls um neutrale Formulierungen“.

Ob es sich bei diesen Juristinnen um pathologisch relevante Paranoia oder einfach nur um Dummheit handelt, muss an anderer Stelle geklärt werden. Fakt aber ist, dass die deutsche Sprache, dank der Intelligenz ihrer Nutzer bisher auch ohne „Binnen-I“, diversen „Und/oder-Passagen“, „_“ , oder „*“ auskam und jeder auch so wusste, dass mit Nomen wie „Mensch“ sowohl der männliche als auch weibliche gemeint war und wir deshalb auch weiterhin weder eine „MenschIn“, keine Speisekarten mit „GötterInnenSpeisen“ noch einen „Frautel“ als Gegenstück zum phonetisch verwechselbaren Mantel brauchen werden. Die Feminisierung der deutschen Sprache ist nur die Weiterführung einer völlig kranken Entwicklung eines Gesinnungsterrors, der auch über die Sprache zur Zerstörung einer gesunden Gesellschaft beitragen soll.



Hamburg: Bürgerinfo der Stadt aus der Moschee



Hamburg weiß nicht mehr wohin mit den Asylanten und beinahe täglich werden es mehr. Im Vergleichszeitraum eines Jahres nahm die Zahl um etwa [70 Prozent](#) zu. Nun soll wieder ein neues Asylantenheim entstehen. Allein 2014 werden noch mindestens 3800 „Flüchtlinge“ eine Unterkunft benötigen. Viele Hamburger Bürger, zumindest jene, die den Irrsinn finanzieren müssen, hatten allerdings in der Vergangenheit ihrem Unmut über die Asylantendörfer in ihrer Stadt Luft gemacht und deshalb möchte die Stadt nun aufklären. Wo tut sie das? Vor Ort? Im Rathaus? Nein, in der Moschee, das scheint der Stadt Hamburg der angemessene Ort, ihre Bürger über die Stadtplanung zu informieren.

Am 25. März, 19.30 Uhr lädt die Behörde Anwohner der neuen

Asylunterkunft und Interessierte zu einer [Info-Veranstaltung in die Bait-ur-Rasheed Moschee](#) Pinneberger Straße 46 (Bild mit Zahoor Ahmed, dem Hamburger Vorsitzenden der Ahmadiyya-Gemeinde und Imam Laeeq Ahmad Munir). Da fragt man sich: soll das die Hamburger darauf vorbereiten, wo und von wem künftig Stadtpolitik gemacht wird, oder soll es nur die aufmümpfigen Bürger vom Erscheinen abhalten? Egal, beides ist inakzeptabel.



Stürzenberger zum verpassten Einzug der Islamkritik ins Münchner Rathaus



Der FREIHEIT wurde der Wahlkampf in München schwergemacht: Hunderte Plakate wurden bereits kurz nach dem Aufstellen zerstört oder gestohlen. Die CSU [überklebte gar mehrfach](#) dreist. Die Medien schwiegen DIE FREIHEIT entweder aus oder schrieben sie in die rechtsextreme Ecke. Gewerkschaften, Kirchen und fast alle Parteien dämonisierten die Islam-Aufklärer in geradezu grotesker Weise. Aber trotzdem hoffte DIE FREIHEIT auf den mündigen Bürger, der in der Wahlkabine unbeobachtet sein Kreuz machen kann. Mindestens ein Sitz wurde für DIE FREIHEIT allgemein erwartet, auch von den Medien und in

Stadtratskreisen. Aber es kam leider anders.

Die Bürger gaben der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ 0,1% mehr Stimmen und damit den einen Sitz, den DIE FREIHEIT bekommen hätte, wenn 382 mehr Münchner ihr Kreuz bei ihr gesetzt hätten. Für die gesamte islamkritische Szene Deutschlands ein herber Rückschlag. Es zeigt sich, dass die meisten Menschen die Probleme mit Integrationsablehnung, Abschottung, Gewalt, Deutschenfeindlichkeit, Kriminalität, Asylmissbrauch, Einwanderung in die Sozialsysteme, Vergewaltigungen und Morde noch nicht beim Islam verorten. Aber der Kampf geht weiter. Ein Kommentar des Bundesvorsitzenden der FREIHEIT, Michael Stürzenberger:

(Kamera: epitaph)



Furchtbar: Muslimas bei Jobsuche diskriminiert!



Man stelle sich vor, ein Besucher betritt das Vorzimmer des Geschäftsführers von Siemens und wird von dessen Assistentin empfangen, die ihr Gesicht in einen Hidschab eingewickelt hat. Man stelle sich vor, eine Kundin geht zum Friseur und wird von einer Friseurin beraten, die statt einer schicken Frisur ~~einen Putzlappen~~ ein Kopftuch trägt. Dann sollten – ginge es nach den Islambeauftragten des Instituts für Soziologie der Pädagogischen Hochschule in Freiburg und der Antidiskriminierungsstelle des Bundes – demnächst wahrscheinlich auch noch Vollverschleierte in der Modeboutique arbeiten? Sind hier inzwischen alle verrückt geworden?

(Von Verena B., Bonn)

Das Magazin „Sozialcourage“ der Caritas im Erzbistum Köln, das in der Domstadt in jedem katholischen Kindergarten ausliegt, schreibt [im aktuellen Heft auf S. 24](#):

Muslime diskriminiert

Viele deutsche Betriebe diskriminieren muslimische Jugendliche. „Über 30 Prozent der befragten Betriebe sind ausdrücklich nicht bereit, kopftuchtragende Muslimas als Auszubildende einzustellen, über zehn Prozent ganz ausdrücklich keine Muslime“, sagt Albert Scherr, Direktor des Instituts für Soziologie der Pädagogischen Hochschule in Freiburg. Weil viele Betriebe nicht offen diskriminieren, dürfte der tatsächliche Anteil noch höher liegen. Sie müssten deshalb für das Thema sensibilisiert werden. Denn dort herrschen noch große Vorurteile, urteilt auch die

Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Ihr zufolge glauben jene, die über den Zugang zu Ausbildung entscheiden, dass ausländische Jugendliche nur unzureichend Deutsch könnten. Albert Scherr fordert darüber hinaus eine offensive Strategie gegen betriebliche Diskriminierung.

Nur drei Prozent der muslimischen Frauen, die sich mit Kopftuch bewerben, werden laut einer Studie zum Gespräch eingeladen, ohne Kopftuch sind es ca. 13 Prozent.

Muslimische Mädels sind aber auch nicht dumm, wenn es darum geht, einen Ausbildungsplatz zu ergattern. Erfahrungen haben gezeigt, dass sie ohne Kopftuch zum Vorstellungsgespräch kommen, damit sie der naive, ausländerfreundliche Gutmensch-Chef einstellt. Kurze Zeit später erscheint die Jungmuslima dann provokativ mit Kopftuch, später manchmal sogar mit dem noch mehr provozierenden Hidschab. Was tun? Nichts, denn das wäre ja Diskriminierung. Wenn die Kundschaft dann weg bleibt, hat der Geschäftsmann ein Problem. Also stellt er ein muslimisches Mädels erst gar nicht ein. Wer könnte es ihm verdenken?

Kontakt:

- » Caritas-Magazin „Sozialcourage“: presse@caritasnet.de
- » Albert Scherr, Soziologe in Freiburg: scherr@ph-freiburg.de

**Gauck für alle offen und
nicht ganz dicht**



Bundespräsident

Joachim Gauck ist hinlänglich dafür bekannt, vor allem Politik für Ausländer zu machen. Dabei vergisst er geflissentlich die Interessen der autochthonen Deutschen, ist aber egal, denn wer national denkt, kann seiner Meinung nach nicht ganz dicht sein. So hat er am Mittwoch mal wieder zu Offenheit gegenüber Zuwanderern aufgerufen.

[N24](#) berichtet:

Der 74-Jährige warnte vor einem Rückfall in nationalistische Vorstellungen.

„Wir sind dabei zu begreifen, dass wir ein Einwanderungsland sind“, sagte Gauck beim Besuch eines Integrationsprojekts im Berliner Stadtteil Neukölln. Mit scharfen Worten warnte Gauck vor einem Rückfall in nationalistische Vorstellungen: „Manche sind sogar so idiotisch, dass sie alte Konzepte von Nationalismus zu neuem Leben erwecken wollen.“

Er wünsche sich Deutschland als „wache, aufnahmebereite Gesellschaft“, sagte Gauck. Er selbst wolle „eine Kultur des Miteinander des Verschiedenen mitentwickeln helfen“, betonte der Bundespräsident. „Wir nehmen Zuzug als Gewinn wahr.“

Mit Besuchen in den Berliner Stadtvierteln Kreuzberg, Neukölln und Wedding will sich der Bundespräsident heute über die Bemühungen zur Integration von Migranten informieren. Auf dem Programm stehen Gespräche mit Migranten und

Bürgerinitiativen. Ein musikalisch-literarischer Abend in Schloss Bellevue soll am Abend den Thementag „Unterwegs zum Miteinander“ abschließen. In den drei Stadtteilen leben besonders viele Berliner mit Migrationshintergrund, in Kreuzberg und Neukölln beträgt ihr Anteil rund 40 Prozent.

Wenn man die Zitate so liest, kommen einem Zweifel, ob er nicht vielleicht auch mal einen Deutschkurs für Dummies besuchen sollte, denn wir „sind dabei zu begreifen“, dass wir uns mit diesem Sozialisten-U-Boot ein Sprachrohr irgendeines ominösen „wir“ angelacht haben, das die deutsche Gesellschaft ganz sicher nicht repräsentiert. Es wird wohl auf ewig sein Geheimnis bleiben, wer dieses „wir“ ist. Vielleicht der Pluralis Majestatis Gauckensis?



Neue Studie schafft Klarheit zur Asylfrage



Ist das Asyl-Recht noch zeitgemäß? Die [neue Studie des Instituts für Staatspolitik](#) (IfS) fächert dieses Problem in allen Facetten auf und weist den Mißbrauch nach: Das eigentliche Motiv gängiger Asylrechtsgesetzgebung – der Schutz tatsächlich politisch Verfolgter – ist längst ausgehebelt und die Asylzahlen haben jede akzeptable Dimension längst weit überschritten. Im Jahr 2013 stellten insgesamt 127 023 Menschen einen Asylantrag in der Bundesrepublik Deutschland. Das ist ein Höchststand seit 14 Jahren und überfordert jetzt schon viele alleingelassene Länder und Kommunen, die sich um die Unterbringung der Asylbewerber kümmern müssen. Für 2014 erwartet man einen fortwährenden Anstieg dieser Zahlen!

Trotzdem gibt es keine öffentliche Debatte, die sich tatsächlich um eine Lösung ~~dieser Kolonisation~~ dieses Problems bemüht. Seit der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa Anfang Oktober 2013 mit über 300 Toten gibt es nur verschiedene Erwägungen zu dem Thema, wie Deutschland noch mehr Menschen aufnehmen und ihnen gar Möglichkeiten zur legalen Einreise verschaffen könnte.

Und erfolgte die Einreise illegal, so werden wie in Berlin-Kreuzberg (PI berichtete [hier](#) und [hier](#)) seitens der etablierten Parteien alle erdenklichen Aktivitäten der Asylbewerber gedeckt oder sogar offen unterstützt. Die Pro-Asyl-Einheitsfront, die von Bundespräsident Gauck ([man denke nur an die Weihnachtsansprache 2013!](#)) bis zur häufig

linksradikalen Unterstützerszene der Asyllobby reicht, duldet an diesem zu oft rechtsbrechenden Verhalten keine Kritik. Die Presse, ob lokal oder überregional, spielt dabei wiederum nicht die Rolle des objektiven Berichterstatters und Beobachters, sondern greift besorgte Menschen, die friedlich und im (theoretisch garantierten) Rahmen des Grundgesetzes gegen immer weitere Ansiedlungen von Asylheimen in Wohngebieten demonstrieren, als „Rassistin“ und „Rechtsextreme“ an.

Wo die Debatte vom linken Mainstream so mit Emotionen und Ressentiments beladen wurde, tut nüchterne Analyse not. Die IfS-Studie wählt diesen Weg der Bestandsaufnahme und untersucht nicht nur die Aussagen der bekanntesten Fürsprecher der Massenaufnahme, sondern bietet auch einen statistischen Überblick und aktuelle Prognosen zur Asyl-Lage in Deutschland, Europa und der Welt. Der darauffolgende, auf den Punkt gebrachte Faktencheck zur Gesetzeslage ist der einzige seiner Art in deutscher Sprache: Was meint die Genfer Flüchtlingskonvention? Was ist eigentlich dieses „Grundrecht auf Asyl“? Wie sieht hier die europäische Gesetzgebung aus?

Theorie alleine reicht nie, daher folgt die Praxis. Die Autoren der Studie *Ansturm auf Europa* benennen akribisch die auftretenden Probleme mit Asylbewerbern und Flüchtlingen, die bei der Einreise beginnen, sich bei der Unterbringung fortsetzen und viel zu oft in der Kriminalität münden. Im Verlag *Antaios* erschien bereits 2011 die bis auf 80 Restexemplare vergriffene, regelrecht schockierende [Analyse der „Ausländergewalt in Deutschland“](#). Und das war vor dem großen Run auf Europas Grenzen. Die deutschen Opfer durch fremde Täter werden auch durch diesen Asyl-Ansturm mit jedem Jahr zahlreicher.

Das weitere Besondere an der neuen, mit den nötigen Belegen versehenen Studie des IfS ist sicherlich, dass sie nicht nur kritisiert und erschreckende Missstände offenlegt. In ihr werden auch verschiedene präzise Lösungsansätze ausgeführt.

Für nur 5 € kann man [„Ansturm auf Europa. Ist das Grundrecht auf Asyl noch zeitgemäß?“](#) bestellen, lesen und zur Aufklärung an Freunde und Bekannte weitergeben. Das fast vergriffene Buch *Deutsche Opfer, fremde Täter* [ist hier zu haben](#).



Kairo: Sexueller Übergriff auf blonde Studentin



Ein im Internet aufgetauchtes Video aus Ägypten zeigt, wie eine Jura-Studentin der Universität von Kairo am Campus von einer Gruppe ihrer männlichen Kommilitonen aggressiv sexuell belästigt wird. Sie hat auffallend langes blondes Haar und trägt enganliegende Kleidung. Schnell erregte die hübsche Frau die Aufmerksamkeit von hunderten männlichen Studenten – wohlweislich die geistige „Elite“ des Landes -, die sie verfolgten und versuchten, ihr die Kleider vom Leib zu reißen. Der Film löste eine

landesweite Diskussion aus.

(Von L.S.Gabriel)

Sie schaffte es bis zu den Toiletten, wo sie sich einsperrte. Die Campuswache verhinderte offenbar Schlimmeres und geleitete die Studentin dann sicher vom Unigelände.

Die [Kontroverse um die Angelegenheit](#) verschärfte sich, nachdem Dekan Gaber Nasser (kleines Bild) in einem Interview mit dem ägyptischen Privatsender ONTV erklärte, die Frau wäre eben „etwas unkonventionell“ gekleidet gewesen. Damit gab er indirekt dem Opfer des testosterongesteuerten Mobs auch noch die Schuld an dem Vorfall. Da änderte es auch nichts mehr, dass er rasch noch hinzufügte, die Kleidung rechtfertige diese Art der Belästigung aber nicht. Der Aufschrei wegen der offensichtlichen Schuldumkehr war groß und Nasser fühlte sich genötigt via [Twitter mitzuteilen](#): „Ich versichere, dass dies nicht wahr ist und ich entschuldige mich für das Missverständnis und ich wiederhole, dass diejenigen, (die das Mädchen belästigten) streng bestraft werden.“

Die Frauenrechtlerin Mariam Kirolos twitterte, dass der Dekan erst „verhört und dann entlassen“ werden müsste und forderte eine sofortige Untersuchung des Vorfalls.

Und die Frauenrechtsaktivistin Soraya Bahgat sagte: „Ich finde es unglaublich empörend, dass der Kopf der wohl wichtigsten Universität in Ägypten sagte, dass ihre Kleider schuld waren. Das ist sehr beunruhigend – aber ein Teil von mir ist froh, dass das herausgekommen ist, denn es zeigt auf, was falsch läuft mit dieser Gesellschaft, die dem Opfer [der sexuellen Belästigung] die Schuld gibt für das, was passiert ist.“

Einige beliebte Talkshows griffen den Fall auf. Fernsehmoderator Amr Adib fragte fassungslos: „Bedeutet das, wenn ein Mädchen nackt ist, darf jeder sie bespringen?“

Aber es gab auch jene, wie den prominenten Fernseh-Talker

Tamer Amin vom Privatsender Rotana al-Misr, der sagte: „Was will sie? Sie war angezogen wie eine Nutte.“

[The Guardian](#) schreibt:

Laut einer UN-Studie wurden bereits 99,3% der ägyptischen Frauen sexuell belästigt, 91% sagen, sie fühlten sich unsicher auf der Straße. Die Schuld wird dann häufig den Frauen angelastet, das Verbrechen selbst wird im ägyptischen Recht nicht richtig definiert, was die Strafverfolgung der Täter entsprechend erschwert. Wenn Frauen Belästigung und Körperverletzung zu Anzeige bringen, werden ihre Fälle von der Polizei nicht ernst genommen, nur eine Handvoll wird behandelt.

Nun kann man darüber diskutieren, ob das Verhalten der jungen Frau Mut oder doch schon Übermut war. Dennoch bleibt die Tatsache, dass es die Männer sind, die sich aggressiv verhalten und sich offensichtlich nicht im Griff haben. Aus der Sicht dieser islamverblendeten Gesellschaft hat die junge Frau provoziert und ist durch die Art ihres Auftretens quasi Freiwild. Trotzdem zeigt der Vorfall zweierlei: Noch kann in Ägypten eine derartige Diskussion öffentlich geführt werden, andererseits beweist die erste Reaktion des Dekans, wie tief der Islam in die Köpfe vorgedrungen ist. Und es zeigt das Rechtsverständnis von Menschen wie Gaber Nasser, der nicht nur Verfassungsrechtler ist, sondern in Ägypten eigentlich sogar als „Reformer“ gilt.

Hier das Video:

Juchtenkäfer behindert Stuttgart 21 weiter

Jetzt habe ich endlich mal den berühmten Juchtenkäfern von Stuttgart einen Besuch abgestattet. Es ist still um sie geworden, aber sie leben und wirken munter weiter. Sie wohnen sehr hübsch und zentral in einem kleinen Hain in Bahnhofsnähe. Und von dort aus torpedieren sie seit Jahren eine der wichtigsten deutschen Infrastrukturmaßnahmen, das Projekt Stuttgart 21. Die Macht der kleinen Käfer reicht zwar nicht aus, um den Bahnhofsneubau ganz zu verhindern. Eines schönen Tages wird er fertig sein. Aber etliche Jahre verspätet und sehr viel teurer als geplant. Und damit erweist sich der Juchtenkäfer als eine scharfe Waffe in der Hand der deutschen Protest-, Blockade- und Verhindererszene.

Die Europäische Union hat dem Juchtenkäfer diese Power verliehen, indem sie ihn unter Artenschutz gestellt hat. Allerdings lässt sich der Kleine trotz des Schutzes so gut wie nie blicken. Zu bestimmten Zeiten, sagen Kenner, macht er durch einen unangenehmen Geruch auf sich aufmerksam. Der Geruch entströmt dann den Baumrinden, in denen er sehr zurückgezogen lebt. Entscheidend ist: Der Baum, in dessen Rinde der scheue Juchti wohnt, ist unantastbar. Auch dann, wenn er einem Milliardenprojekt wie Stuttgart 21 im Weg steht, das Knotenpunkt der bedeutenden Bahntrasse von Paris über Stuttgart, Ulm, Augsburg, München nach Budapest werden soll; das viele tausend Menschen vom Auto auf die Schiene umlenken wird; das viele tausend Arbeitsplätze schafft und das im Stuttgarter Zentrum eine große, baumreiche Grünfläche und attraktive Wohnungen entstehen lässt.

Im Landtag, im Stadtrat und bei einem Bürgerentscheid hatte das Projekt, das den neuen Bahnhof unter die Erde steckt, eine klare Mehrheit. Aber mit dem Juchtenkäfer ist nicht zu spaßen. Keine Säge darf sich den Bäumen nähern, in denen er haust...

([Fortsetzung bei der Achse!](#))

Islamisches Video mit Geert Wilders' Ermordung



Ein holländisches Rap-Video zeigt die Hinrichtung des Islamkritikers Geert Wilders. Verantwortlich für das Video mit dem Titel „Geertje“ ist der libanesischstämmige Rapper Hozny (kl. Foto l.). *Darin wird ein Mann mit blonder Perücke von zwei Maskierten entführt. Er muß sich vor einer Kamera niederknien, während ihm die Entführer Pistolen an den Kopf halten. Ihm gegenüber sitzt Rapper Hozny und klagt ihn an. Am Schluß wird der Bildschirm schwarz und es ertönt ein Schuß. Hozny begründet in dem Lied, er tue dies für die Mädchen mit Kopftüchern sowie die Moslems in den Niederlanden.* Geert Wilders wird [Anzeige gegen den Rapper](#) erstatten. Seit der Ermordung des Regisseurs Theo van Gogh 2004 steht Wilders unter Polizeischutz.

Oranienplatz wird natürlich nicht geräumt

Vor zwei Tagen las man in der FAZ einen Jubelartikel über Berlin, der es in sich hatte – *Am Oranienplatz kann es [jetzt Frühling werden](#): In demonstrativem Einvernehmen zeigten die maßgeblichen Vertreter der beteiligten Parteien und Verwaltungen, dass sie entgegen aller Erwartungen auf der Höhe der Zeit sind und selbst langwierige Konflikte lösen können. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, die Integrationssenatorin Dilek Kolat (beide SPD), Innensenator Frank Henkel (CDU) und die Bürgermeisterin von Kreuzberg-Friedrichshain, Monika Herrmann (Grüne) haben einen Weg gefunden, den besetzten Kreuzberger Oranienplatz und die besetzte Gerhard-Hauptmann-Schule in der Nachbarschaft zu räumen. In welchem Wolkenkuckucksheim leben denn die, dachte der verwunderte FAZ-Leser, hunderte von Kilometern von der Hauptstadt entfernt. Und tatsächlich!*

Es verging kein Tag, da [war alles wie gehabt](#):

Es sei unklar, wie groß die Gruppe der Flüchtlinge ist, die von dem Kompromiss nicht profitieren oder ihn nicht mittragen wollen. Integrationssenatorin Dilek Kolat (SPD) hatte von einer kleinen Minderheit von 27 Personen gesprochen. Diese Zahl wurde von einigen Flüchtlingen als „Lüge“ zurückgewiesen. „Kolat erzählt Mist“, sagte Hakim, der zu den Lampedusa-Flüchtlingen gehört. Hakim ist einer der Wortführer am Oranienplatz. Er sagt, das Einigungspapier helfe nur einer von vier Gruppen der Lampedusa-Flüchtlinge. Einige Flüchtlinge seien von Abschiebung betroffen. „Wir werden das Camp nicht räumen.“ Hakim hatte auch eine Botschaft für Innensenator Frank Henkel: „Da ist dieser Typ namens Henkel, der das Camp räumen will. Sagt ihm: Wir warten auf dich!“ Auch der Flüchtlingsrat fordert, die Gespräche wiederaufzunehmen. Es sei nur zu einer „Scheineinigung“

gekommen.

In Berlin regieren nicht die Wowereits und Henkels, ja noch nicht mal die Vorzeige-Türkin Kolat oder gar das Gesetz, sondern die Hakims und andere dahergeschwemmte illegale Asylbetrüger, die schon längst an die Küsten Afrikas und Kleinasiens ausgeschifft werden sollten! Stattdessen kriegt bald jeder unverschämte Bandit eine Wohnung und die Hütten im Park verbleiben ihnen als Datsche und Drogenladen!